



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Fahrplan für mehr Energiesouveränität in Bayern – ohne Atomkraft!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend ein landeseigenes Programm zur Steigerung der Energiesouveränität aufzulegen. Dabei sollen kurzfristige Energieeinsparungsmöglichkeiten ebenso berücksichtigt werden wie Maßnahmen zur Beschleunigung der bayerischen Energie- und Wärmewende.

Dabei sollen u. a. folgende Punkte berücksichtigt werden:

Förderung der Energiesuffizienz (kurzfristig)

- Einsatz von mobilen Energieberaterteams mit dem Ziel, eine flächendeckende Energieberatung in Bayern sicherzustellen
- Einführung einer Energiespar-Prämie für einkommensschwache Haushalte für den Ersatz von älteren energiefressenden Haushaltsgeräten in Form eines Zuschusses für Arbeitslosengeld II (ALG II) -Empfängerinnen und –Empfänger, Menschen, die 60 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen liegen sowie Mieterinnen und Mieter, die 40 Prozent ihres Einkommens für Miete aufbringen müssen
- Schaffung eines landeseigenen Sonderprogramms zur Steigerung der Effizienz in privaten Gebäuden (u. a. Kostenbeteiligung für intelligente Thermostate; flankierende Förderung des hydraulischen Abgleichs von Heizungsanlagen)

Umsetzung der Energie- und Wärmewende (mittelfristig)

- Aufhebung aller landesspezifischen Hindernisse für den Windkraftausbau (10H, Abstandsregelungen bei Erdbebenmessstationen etc.)
- Beschleunigungsprogramm Photovoltaik (PV) -Ausbau insbesondere auf staatlichen Gebäuden und durch eine PV-Pflicht auf Neubauten
- Unterstützung eines schnellen Ausbaus der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs (HGÜ) -Leitungen und entsprechende Akzeptanzförderungsmaßnahmen
- Sonderförderprogramm Geothermie zur schnellstmöglichen Sicherstellung einer klimaneutralen Wärmeversorgung in Bayern (u. a. Unterstützung der Kommunen und Energieversorger bei Explorationskosten; Förderung der Verteilleitungen)
- Verpflichtung größerer Kommunen zur kommunalen Wärmeplanung bei gleichzeitiger personeller und finanzieller Unterstützung durch den Freistaat sowie Unterstützung bei der Umsetzung klimaneutraler Fernwärmeprojekte

- Inhaltliche und finanzielle Ausweitung des 10 000-Häuser-Programms zur Erhöhung der Sanierungsquote im privaten Gebäudebestand (Gebäudedämmung, Erneuerungen von Heizungsanlagen etc.)

Begründung:

Die Invasion der Ukraine durch Russland erfordert von allen politischen Ebenen Anstrengungen zur Reduzierung der Energieabhängigkeit. Mittelfristig kann und muss die Energiesouveränität durch die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen bewerkstelligt werden. Dabei darf es nicht bei Lippenbekenntnissen der Regierungskoalitionen in Bayern bleiben. Die Voraussetzungen müssen unverzüglich geschaffen und dürfen nicht weiter verschleppt werden.

Kurzfristig kann die Abhängigkeit von russischer Energie auch durch Energiesuffizienz – also durch das Einsparen von Energie – reduziert werden. Entsprechende Maßnahmen sind oftmals einfach in der Umsetzung und haben einen unmittelbaren Effekt auf den Energieverbrauch. Damit lässt sich das Ziel der Energiesouveränität mit dem Ziel der Kostenentlastung für Haushalte und Unternehmen verbinden.

Die von der CSU-Fraktion geforderte Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke hingegen schafft mehr Probleme als sie zu lösen „verspricht“. Zum einen herrscht auch mit Blick auf Kernbrennstoffe eine erhebliche Abhängigkeit von Russland, zum anderen hat die Prüfung der Bundesregierung Anfang März 2022 bereits die wesentlichen Probleme, die mit einer Laufzeitverlängerung verbunden wären, aufgezeigt (ausstehende Sicherheitsprüfung, Streckbetrieb liefert keine zusätzlichen Strommengen für Winter 2022/2023, Mangel an geschultem Personal etc.).

Abgesehen davon ist Atomstrom die teuerste Stromart. Allein die Produktionskosten für Atomstrom liegen bei etwa 13 Cent pro Kilowattstunde. Berechnet man die Folgekosten ein, gehen Schätzungen von 34 Cent pro Kilowattstunde aus. Im Vergleich dazu liegen Stromgestehungskosten bei der Windenergie bei zwischen 6 und 11 Cent pro Kilowattstunde und bei der Solarenergie bei durchschnittlich 7,6 Cent pro Kilowattstunde. Wind und Sonne sind damit die günstigsten Energiequellen.

Angesichts der hohen Kosten und ungelösten Probleme sollte sich die Staatsregierung auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien konzentrieren – kombiniert mit Energieeinsparmaßnahmen – und nicht die Lösung in der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke suchen.